

Angeblich will Mehrheit EU-Wiederaufbaufonds

Es soll die Verständnis-Werbetrommel gerührt werden, damit die Zustimmung wächst. Mit dem von Deutschland und Frankreich vorgeschlagenen Wiederaufbaufonds soll EU-Ländern geholfen werden, die unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise besonders leiden. Es geht dabei um 500 Milliarden Euro. Viele Europäer sehen das Vorhaben von Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Macron als längst überfälliges Zeichen europäischer Solidarität. Der wirtschaftliche Wahnsinn fällt daher nicht unbedingt auf fruchtbaren Boden, sondern bedient Erwartungshaltungen. Das natürlich Deutschland und damit seine Steuerzahler wieder die Hauptlast tragen, wird bei den Forderern gekonnt übersehen. Untermuert werden soll dieses Vorhaben nun durch eine Erhebung. Laut einer Umfrage sollen 51 Prozent und damit die Mehrheit der Deutschen für den Wiederaufbaufonds sein. Knapp 34 Prozent heißen die Idee dagegen nicht gut. Unserer Meinung nach sieht das Stimmungsbild in der Bevölkerung genau umgekehrt aus.



Es wird demonstriert, im Internet über politische Geschehnisse geschimpft und die Empörungswelle wächst weiter an. Dabei sind es genau jene Unmutsverursacher, die immer wieder für Dinge verantwortlich sind, die viele Menschen in unserem Land stören. Deshalb reichen Unmutsbekundungen jeglicher Art alleine nicht aus. Es muss sich in unserem Land politisch etwas verändern. Eine solche Veränderung kann aber nur erfolgen, wenn besagter Unmut in die Parlamente getragen wird. Deshalb ist es wichtig, uns Republikaner als eine erfahrene freiheitlich-konservative Partei zu unterstützen. Helfen Sie daher mit und gestalten Sie uns Land neu, denn demonstrieren und meckern alleine reicht nicht aus.

Weitere Proteste gegen Corona-Beschränkungen in der EU

Nicht nur in Deutschland protestieren in vielen Städten tausende Bürger gegen die Corona-Beschränkungen. In mehreren europäischen Ländern haben Menschen gegen die Auflagen in der Corona-Krise ebenfalls den Weg auf die Straße gefunden. In Warschau wurden Dutzende Menschen, darunter Senator Jacek Bury von der oppositionellen Bürgerplattform, bei einem Protest von Unternehmern gegen die Beschränkungen festgenommen. Menschen demonstrieren mit Schildern gegen die Corona-Restriktionen. Im Londoner Hyde Park wurden ebenfalls mehrere Personen festgenommen, die bei der Kundgebung vorgeschriebene Abstandsregeln missachteten und Gruppen bildeten, teilte die Polizei der britischen Hauptstadt mit. Auch in der Schweiz gab es Protest gegen die Corona-Auflagen. Vor dem Regierungssitz in Bern löste die Polizei eine Versammlung von 300 Personen auf und in Madrid folgten Proteste.

Immer weniger abgelehnte Asylbewerber müssen ausreisen

Es ist kein Phänomen, das sich auf einzelne Bundesländer beschränkt, sondern in ganz Deutschland vorzufinden ist. Aber die Unterschiede sind dort erkennbar, wo linke Parteien regieren. So hat z.B. der Berliner Senat sich zum Ziel gesetzt, möglichst wenige abgelehnte Asylbewerber abzuschieben, auch wenn das nach dem Gesetz geschehen müsste. Also verbleiben immer mehr Personen in der Bundeshauptstadt, denen weder das politische Asyl noch der Schutz als Bürgerkriegsflüchtling zusteht.

Die Zahl der rechtskräftig abgelehnten Asylanten stieg in drei Jahren (seit dem 30. April 2017) um 7380. Insgesamt sind derzeit

13440 abgelehnte Asylbewerber „vollziehbar ausreisepflichtig“ (Stand: 31. März 2020). Das bedeutet, dass alle Klagen vor den Verwaltungsgerichten erfolglos waren.

Von den 13440 „vollziehbar ausreisepflichtigen“ Ausländern können aber 12461 dennoch auf unbestimmte Zeit in Berlin bleiben. Ihr Aufenthalt wird geduldet, weil sie keinen Pass haben oder krank gemeldet sind oder „aus anderen Gründen“, die der Senat nicht näher erläutert. Die ausreisepflichtigen Asylbewerber stammen keinesfalls alle aus einem Bürgerkriegsland. Aus Syrien kommt keiner von ihnen. Unter den ersten zehn Herkunftsländern befinden sich neben Afghanistan und dem Irak zum

Beispiel Vietnam, Russland, Serbien und die Republik Moldau. Wer vollziehbar ausreisepflichtig ist, aber geduldet wird, weil er keinen Pass hat oder krank gemeldet ist, wird umfänglich versorgt. Er bekommt entweder dauerhaft eine Unterkunft mit Verpflegung zugeteilt oder Sozialhilfe und eine Wohnung. Ein Heimplatz mit Unterkunft und Verpflegung kostet in Berlin ca. 32 Euro pro Kopf und Tag. Für die Unterbringung in einer Wohnung samt Sozialhilfe gelten in etwa die Hartz-IV-Regeln.

Wir Republikaner setzen uns für eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ein. Wer keinen Asylgrund mehr hat, der muss auch umgehend unser Land wieder verlassen.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

130 Millionen Atemschutzmasken werden nicht ausgeliefert

Das Gesundheitsministerium hat nach Medienberichten über 130 Millionen FFP2-Masken angehäuft. Aber sie kommen nicht dort an, wo sie dringend gebraucht werden und Lieferanten warten auf ihr Geld vom Bund. Trotz der gefüllten Lager herrscht in Kliniken und Arztpraxen weiterhin Mangel. "Wir hätten gerne, dass die Kliniken auch voll sind", sagt Susanne Johna von der Ärztegewerkschaft Marburger Bund. Laut einer Studie, die der Marburger Bund kürzlich durchgeführt hat, verfügen 38 Prozent der Ärzte in Deutschland immer noch nicht über ausreichend Schutzkleidung. In einigen Kliniken würde das Einmalmaterial während der gesamten Schicht verwendet, zum Teil mehrere Tage hintereinander, sagt Johna. "Das ist ein Zeichen dafür, dass noch nicht genug Material vor Ort ist", sagt sie. "Wenn es wirklich auf den Höfen lagert, irgendwo, dann bitte ausliefern an die Kliniken, an die Praxen, an die Altenheime, damit dann das medizinische Personal diese Schutzkleidung auch nutzen kann." Das Gesundheitsministerium räumt bei der Auslieferung der Masken "Probleme" ein. In den vergangenen beiden Wochen seien eine Vielzahl von Lieferungen in den Logistiklagern gleichzeitig eingetroffen, sodass es nun zu Verzögerungen in der Auslieferung käme.

Das diese "Verzögerungen" täglich Menschenleben kosten und zu unnötigen zusätzlichen Infektionen führen kann, scheint dabei nicht wirklich zu motivieren. Während auf der einen Seite immer noch deutliche Einschränkungen bestehen, wird der Maskenschutz ausgebremst, der je nach Bundesland zudem verpflichtend ist.

Einschränkungen durch Corona-Maßnahmen als Thema



Im Zuge der Einschränkungen werden diese auch Thema bei den Kommunalwahlen in NRW sein. Bereits jetzt positionieren sich einzelne Verbände gegen verschiedene Maßnahmen, die teilweise überzogen sind und unnötig in die Freiheitsrechte der Bevölkerung eingreifen. So läuft u.a. in Düsseldorf seit einer Woche eine umfangreiche Postkartenkampagne, bei der an Infoständen und durch Direktverteilung tausender Informationsschriften an lokale Haushalte deutlich gegen zu drastische Einschränkungen Stellung bezogen wird.

Linksextremisten unterwandern die Klimabewegung

Laut Berliner Verfassungsschutz nutzen Linksextremisten die Klima- und Anti-Kohle-Bewegung, um eine „gezielte Diskreditierung von Staatlichkeit“ durchzusetzen. „Darüber hinaus versuchen sie, die – zumeist jungen – Klimaakteure zu vereinnahmen und zu radikalisieren“, heißt es in dem Bericht. Damit bestätigt der Bericht die Erkenntnisse, die einen deutlichen Linksruck der Klimabewegung aufzeigen.

Aktuelle Veranstaltungen unserer Partei

Aufgrund der aktuellen Lage finden die Veranstaltungen unserer Partei nur sehr eingeschränkt statt. Vor dem Hintergrund einer möglichen Gefährdung bitten wir alle Teilnehmer deshalb, vorher mit dem jeweiligen Kreisverband in Kontakt zu treten und nachzufragen, ob die Sitzung wirklich stattfindet.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV			
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.